

Die Sowjetisierung der sowjetischen Besatzungszone lässt sich an folgenden Beispielen belegen:

- Besetzung der **politischen Schlüsselpositionen** durch linientreue kommunistische Funktionäre der Gruppe Ulbricht, die bereits kurz vor Kriegsende aus Moskau nach Deutschland eingeflogen worden war;
- Zulassung politischer **Parteien** bereits am 10. Juni 1945 (Befehl Nr. 2 der SMAD), damit Vorgriff auf die erst in Potsdam geschlossene Vereinbarung über das gemeinsame Vorgehen;
- Neugründung der **KPD** am 11. Juni 1945 als erste Partei der SBZ, was ihr einen erheblichen Vorteil gegenüber den anderen Parteien verschaffte;
- Zusammenschluss der Parteien im Juli 1945 zur „**Einheitsfront** der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ (Antifa-Block) unter ideologischer Führung der KPD, um deren Führungsrolle festzuschreiben;
- **Zwangvereinigung** der SPD und der KPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) im Juni 1946, mit dem Ziel, der im Grunde nicht konkurrenzfähigen KPD die Massenbasis der SPD zu verschaffen;
- großflächige **Demontage** der Industrie und Überführung der 200 wichtigsten und größten Betriebe als „Sowjetische Aktiengesellschaften“ in den Besitz der Sowjetunion;
- **Verstaatlichung** der Schwerindustrie;
- Enteignung von 35% der landwirtschaftlichen Nutzfläche („**Bodenreform**“), unter dem ideologischen Vorwand der Enteignung der „Junker“ betrieben, sollte aber das selbständige Bauerntum als politischen Faktor ausschalten;
- weitere Maßnahmen zur totalitären Durchdringung des gesellschaftlichen Lebens wie Justizreform, Kulturreform, Bildungs- und Schulreform, sowie die Gründung von **Massenorganisationen** (FDGB, FDJ), um die Gesellschaft in allen ihren Teilen ideologisch zu erfassen.